

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Fringerlohn 1.50 M., bei Selbstabholung 1.40 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M. für 1 Monat 1.50 M. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) —  
Freiporto unter Kreuzband monatlich 1.50 M.  
Postcheckkonto Nr. 53 477

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegraphen-Adresse Volkszeitung Leipzig  
Fernsprecher 13008

Zusätze kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 40 Pfg., bei Platzvorkauf 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Zusätze 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 7.50 M. —  
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 Fernsprecher 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher 2721.

## Der weiße Schrecken in Berlin.

### Genossen und Genossinnen!

Unter den Stürmen der Revolution hat in Berlin vom 2. bis 6. März der zweite Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getagt. Er hat der Partei den Weg gewiesen, der zur Befreiung der politischen Macht und zur Verwirklichung des Sozialismus führt. In schärfen Meinungskämpfen wurde die Selbstverwirklichung erzielt.

Das Räteystem, die Kampforganisation, die sich das Proletariat in der Revolution geschaffen hat, ist von dem gesamten Parteitag als entscheidendes Mittel zur Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft verkündet worden. Die von allen Klassenfeinden des Proletariats verfolgte Räteorganisation schließt die Arbeiter zu einer einheitlichen Kampffront zusammen. Sie ist das unentbehrliche Instrument, mit dem das Proletariat die politische Macht erringt und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchführt. In dieser Erkenntnis hat der Parteitag sein Aktionsprogramm aufgestellt.

Es fordert zunächst, daß die politischen und wirtschaftlichen Funktionen des Räteystems in der Verfassung festgelegt und verankert werden.

Es fordert die sofortige Vergesellschaftung der entscheidenden Wirtschaftszweige.

Es fordert eine sozialistische Steuer- und Finanzpolitik, alle sozialpolitischen und kulturellen Maßnahmen zur körperlichen Gesundheit und geistigen Höherentwicklung des Volkes.

Es fordert die Sicherung der politischen Macht der Arbeiterklasse durch sofortige Beseitigung des Militarismus, Abschaffung der Freiwilligenkorps und Errichtung einer proletarischen Volkswehr.

Es fordert die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten im Osten und die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zur russischen Sowjetrepublik und zu allen andern Mächten.

Den dauernden Frieden für die Welt zu sichern vermag nur die Arbeiterinternationale.

Die vom Volke grundlegenden, sozialistischen Politik erfüllt ist.

Berlin, den 7. März 1919.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Artur Crispien. Wilhelm Dittmann. Hugo Haase. Gustav Lautant. Dr. Julius Moses. Anna Rehmig. Luise Zieg.

### Die Leipziger Arbeiter zum Generalstreik.

In einer heute mittag im Zoologischen Garten stattgefundenen, überfüllten Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, Betriebsausschüsse und Betriebsvertrauensleute nahmen diese Vertreter der streikenden Arbeiterschaft den Bericht der Streikleitung über den Stand des Streiks entgegen. Die Versammlung führte zu dem Ergebnis, daß die folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

Die freche Herausforderung der Gegenrevolution, die in den feigen Mordanschlägen an Liebknecht, Rosa Luxemburg und Kurt Eisner den krassen Ausdruck fand, hat im Verein mit der gewalttätigen Politik der Regierung Hert- Scheidemann gegen die Arbeiter die augenblicklich todenben Kämpfe in Deutschland hervorgerufen.

Diese gewaltigen Kämpfe haben der Gegenrevolution gezeigt, daß sie nicht ungekräft die Arbeiterklasse herausfordern darf. Sie zeigen ihr und der halbsozialistischen Regierung, daß die Revolution vollendet, die Sozialisierung in Angriff genommen werden muß.

Das Räteystem, das durch den demnächst stattfindenden Reichstagskongreß seine Festigung und Weiterentwicklung erfahren wird, wird neben der Partei der U. S. P. das Instrument in der Hand der Arbeiterschaft Deutschlands sein, mit dem sie die politische Macht endgültig erringt und die wirtschaftliche Befreiung durchzuführen wird.

Die Arbeiter-, Soldaten- und Betriebsräte setzen in den Erfolgen der augenblicklichen Kämpfe eine Abschlagszahlung auf ihr Ziel.

Sie ermahnen sie aber schon jetzt, darauf hinzuwirken, daß die künftigen Kämpfe planmäßig vorbereitet werden, damit sie mit der übrigen Arbeiterschaft Deutschlands aufgenommen, auch siegreich zu Ende geführt werden können.

Ferner wurde beschlossen, daß am Montag vormittag die Betriebsausschüsse mit den Unternehmern der einzelnen Betriebe wegen der Ausnahme der Arbeit am Dienstag früh verhandeln sollen. Gleichzeitig

Die Arbeit des Parteitags war von der frohen Zuversicht getragen, daß die Partei die Trägerin der Revolution, in rascher Fortentwicklung begriffen ist. Ihr reiches inneres Leben, die Fortschritte ihrer Organisation und ihrer Presse zeugen dafür, daß die proletarischen Massen ihr zufließen.

Der Parteitag hat Klarheit geschaffen über die Bahn, die das Proletariat zu verfolgen hat. Es darf sich nicht ablenken lassen durch die Illusion, daß gewaltsames Vorgehen von Minderheiten und vereinzelte Teiltaktionen es seinem Ziele näherbringen. Birgt dies die Gefahr der Zersplitterung und Schwächung der Arbeiterklasse in sich, so würde das Verlassen grundsätzlicher, proletarischer Politik die Zukunft des Sozialismus vernichten. Das zeigt die Politik der Rechtssozialisten.

Ihre Führer, die viele Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Macht der Gewohnheit in ihrem Bann halten, enthüllen immer deutlicher den Charakter dieser Politik. Wie sie mit den bürgerlichen Parteien während des Kriegs verbunden, die trotz aller schillernden Worte von „Sozialisierung“ und „sozialistischem Arbeiterrecht“ dem Kapitalismus nicht ernstlich entgegengetreten kann. Diese scheinsozialistische Regierung betreibt eine blutige Gewaltpolitik, wie sie nie in Deutschland, auch nicht in den Zeiten der ärgsten Reaktion, erlebt worden ist.

In klarer Erkenntnis dieser schmachvollen Zustände wenden sich in den letzten Wochen Scharen Proletarier von den rechtssozialistischen Führern ab; jede Gemeinbewahl liefert dafür den bündigen Beweis. Diese Scharen gilt es zusammen unter dem Banner des revolutionären, internationalen Sozialismus, das U. S. P. D. aufzupflanzen hat. So muß es, so wird es zur Geschlossenheit des gesamten, klassenbewußten Proletariats kommen.

Genossen und Genossinnen! Aus Werk mit revolutionärer Kraft.

### Bericht.

Der Vorsitzende des Engeren Ausschusses, Genosse Dr. Gejer, erstattete den Bericht über die gegenwärtige Situation. Er verwies zunächst auf den wechselvollen Verlauf des Streiks in den verschiedenen Streikgebieten. Weiter hob er hervor, daß die machtvolle Streiks schließlich auch auf die Regierung ihre Wirkung ausübten, so daß sie Angebote nach Halle und Berlin richtete. Es sei dann auch mit Vertretern der Streikenden aus Thüringen, Berlin und Halle in Weimar verhandelt worden. Leipziger Vertreter hätten offiziell nicht an den Verhandlungen teilgenommen. Von vornherein sei es klar gewesen, daß die ausgeklärten politischen und wirtschaftlichen Forderungen nur in Gemeinschaft mit den Streikenden in den anderen Streikgebieten durchgesetzt werden konnten. Das Resultat der Verhandlungen in Weimar müsse als sehr mager bezeichnet werden. Mit Rücksicht auf die lange Dauer des Streiks in Halle und Thüringen und die Unmöglichkeit der Parteienruppen in Berlin hätten sich die Vertreter jener Streikgebiete mit den geringen Zugeständnissen zufrieden gegeben. Sie hätten dies auch um müssen, um die Kräfte der Arbeiterschaft nicht zu erschöpfen und sie für weitere Kämpfe stark zu erhalten. In Leipzig sei die Situation nun so, daß die Streikenden ihre Forderungen in Leipzig allein nicht durchsetzen könnten. Wohl aber sei es möglich, durch Druck auf die säch-

sische Regierung und das Leipziger Unternehmertum ein Resultat zu erzielen, daß über die in Weimar erhaltenen Zugeständnisse hinausgehe. Nach den Vereinbarungen von Weimar sollten Arbeiter, Angestellte und Unternehmer zusammenwirken. Das könne man aber nicht als eine geeignete Grundlage zur Anbahnung der Sozialisierung betrachten. Zunächst habe man in Leipzig mit dem sächsischen Arbeitsminister Schwarz überhaupt nicht verhandelt, sondern nur seine Angebote gehört. Nachdem aber in Berlin der Streik abgebrochen worden sei und man in Weimar den Abbau der Streiks in Mitteldeutschland und Thüringen zugesagt habe, seien Engerer Ausschuss und Streikleitung auch in Leipzig in Verhandlungen mit dem Minister Schwarz eingetreten. Zu der Kernforderung der Leipziger Streikenden: Betriebskontrolle durch Betriebsräte zum Zweck der Durchführung der Sozialisierung habe Schwarz erklärt, daß die Rechte der Betriebsräte anerkannt werden sollten. Die Betriebsräte sollten das Kontrollrecht haben über den ganzen Geschäftsbetrieb, über die Art und den Gang der Produktion und die Verteilung der Gewinne; sie sollten das Recht zum Einblick in die Geschäftsbücher und das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Betriebsführung haben. Von den Streikenden sei zwar nicht nur das Mitbestimmungsrecht verlangt worden, sondern das volle Verfügungsrecht und ein ausgebautes Räteystem. Das freie Verfügungsrecht über die Produktionsmittel sollte den Unternehmern genommen werden. Das habe man nicht erreichen können. Was aber erreicht sei, stelle trotzdem einen großen Erfolg dar. Es bilde eine geeignete Grundlage für die kommende Sozialisierung. Es könne eine läckenlose Produktionsstatistik zur Vorbereitung der Sozialisierung aufgestellt werden. Die Arbeiter hätten die Möglichkeit, ganz in den Betrieb hineinzusehen und außerdem in der Praxis geeignete Kräfte für die Durchführung der Sozialisierung heranzubilden. In Bezug auf die politischen Forderungen habe man von den Vertretern der Regierung nicht so weitgehende Zugeständnisse erhalten können. Dem Verlangen, dahin zu wirken, daß die Freiwilligen-Garden aufgelöst werden sollten, will die sächsische Regierung nicht nachkommen. Doch habe sie versprochen, daß in Sachsen keine solchen Verbände aufgestellt werden sollten. Zugestanden habe Schwarz dagegen die Erfüllung der Forderungen auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und der Standgerichte und auf Aburteilung militärischer Vergehen durch die bürgerlichen Gerichte. Ebenso wolle die sächsische Regierung dafür einreten, daß die sofortige Verhaftung der Mitglieder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erfolge. Mehr habe man bei der sächsischen Regierung nicht erreichen können, da ja die Durchführung dieser Forderungen Sache der Reichsregierung sei. Die von den Streikenden erhobenen weiteren politischen Forderungen auf den Sturz der letzten Regierung und Freilassung der politischen Gefangenen seien bei den Verhandlungen in Weimar mit nichtslagenden Worten abgelehnt worden. Ferner habe man dann Verhandlungen gepflogen mit Vertretern des Leipziger Unternehmertums, um die Anerkennung der Rechte der Betriebsräte zu erwirken. Diese Verhandlungen würden jedoch erst am Montag zum Abschluß gebracht werden können. Nach Lage der Dinge werde aber den Unternehmern nicht weiter übrig bleiben, als die Rechte der Betriebsräte zur Betriebskontrolle anzuerkennen. Weiter werde unbedingt die restlose Einstellung der Streikenden verlangt werden. Ausserungen wider auf keinen Fall gebadet werden. Der Redner empfahl dann die vorliegende Resolution zur Annahme; man solle das Erreichte als Abschlagszahlung hinnehmen. Weiter empfahl er für Montag vormittag Verhandlungen zwischen Betriebsausschüssen und Unternehmern und für Nachmittags endgültige Stellungnahme in besonderen Streikversammlungen.

In der sehr ausgedehnten Debatte sprachen sich die meisten Redner im Sinne des Referenten aus. Mehrfach wurde hervorgehoben, daß die Leipziger Arbeiterschaft auf diesen Kampf stolz sein könne, den sie mit Freund und Feind imponierender Einheit und Entschlossenheit geführt habe. Im allgemeinen sprach man sich dahin aus, die gemachten Zugeständnisse als Abschlagszahlung anzunehmen. In gegebener Zeit werde man den Kampf wieder aufnehmen, um die Forderungen, die man jetzt nicht durchsetzen konnte, durchzusetzen. Mehrfach wurde auch der entschiedene Wille zum Ausdruck gebracht, den Kampf nicht abzubrechen, wenn sich das Unternehmertum gegen die Durchführung der von der Regierung gemachten Zugeständnisse widersetzen sollte.

**Soeben** wurde mit allen Versuchen zu Ausperrungen und Nachregelungen mit aller Macht entgegnet. Nachdrücklich wurde hervorgehoben, daß der Kampfmut der Leipziger revolutionären Arbeiterschaft noch keineswegs gebrochen sei. Von einzelnen Modernen wurde aber auch bemerkt, daß man der Leipziger Arbeiterschaft, die große Opfer gebracht habe, jetzt Entbehrungen nicht zumuten dürfe. Besonders wurde auf die aus dem Nahrungsmittel- und Kohlenmangel und dem Fehlen des Gases entstehenden Schäden hingewiesen. Auch die Zustände in den Krankenhäusern und Lazaretten erforderten dringend die Lieferung von Gas und Elektrizität. Genosse Dieberach als Leiter der Versammlung sagte in einem Schlußwort Verlauf des Streiks und Ergebnis der Aussprüche noch einmal kurz zusammen. Er bemerkte gegenüber einem Antrag, der die Entschädigung für die Streiktage verlangte, daß diese Entschädigung abgelehnt worden sei. Von dieser Frage könne der Ausgang des Streiks nicht abhängig gemacht werden. Es sei auch beim Beginn des Streiks darauf hingewiesen worden, daß es sich um einen politischen Streik handle und auch Opfer gebracht werden müßten. Von einer Niederlage bei einem jetzt erfolglosen Abbruch des Streiks könne keine Rede sein. Man sei sich von Anfang an darüber klar gewesen, daß das gesteckte Ziel mit einem Schläge nicht erreicht werden könne. Wer die erduldeten Entbehrungen und gebrachten Opfer der Arbeiter kenne und die trotzdem von ihr bewahrte Ruhe und Ordnung beachte, werde ihr die vollste Hochachtung nicht versagen können. Dieser Streik bedeute für die Arbeiterschaft einen großen moralischen Erfolg und werde für sie von dauerndem Nutzen sein. Soweit sich während der Bewegung Mängel und Schwächen gezeigt hätten, müsse man daraus die notwendigen Lehren für die Zukunft ziehen. Vor allem gelte es nun, Aufklärung in immer weitere Kreise der Arbeiterschaft zu tragen und die Organisationen zu kräftigen und auszubauen. Dann werde die Leipziger Arbeiterschaft stets eine Macht darstellen, vor der ihre Gegner Respekt haben. Leipzig könne nach dem Verlauf dieser Bewegung den Anspruch erheben, die geistige Zentrale der klassenbewußten Arbeiterschaft zu sein.

Dieberach empfahl dann noch dem Vorschlage zuzustimmen, nach der prinzipiellen Anerkennung der Verleumdungen, ihrer Rechte und Funktionen durch die Unternehmer die Arbeit wieder aufzunehmen. Auf das Unternehmertum würde alle Schuld für die unabsehbaren Folgen fallen, die eine Verweigerung der Anerkennung nach sich ziehen mußten.

Eine Reihe vorliegender Anträge wurden zum Teil der Streikleitung und dem Engeren Ausschusse überwiesen, zum Teil durch Annahme der oben wiedergegebenen Resolution und der Leitungsanträge als erledigt erklärt.

Vom Vorstehenden wurde noch bemerkt, daß für die Eisenbahner der preussischen Bahn mit dem Generalstreik eine Verbündetenbewegung verbunden sei. Im Einverständnis mit dem Eisenbahnerverband werde die Streikleitung mit der preussischen Bahnverwaltung besondere Verhandlungen führen. Solange die Lohnfrage nicht geregelt sei, komme für die preussischen Eisenbahner die Aufnahme der Arbeit nicht in Frage.

### Die Kämpfe in Berlin.

Mit größter Erbitterung und Grausamkeit wird noch immer in Berlin gekämpft. Die Nossegarden haufen genau so, als befänden sie sich noch in belgischen oder französischen Städten, und ihre Gegner, an Zahl und Ausrüstung unterlegen, wehren sich mit dem Mute der Verzweiflung. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Kämpfen um eine Auseinandersetzung zwischen den Freiwilligentruppen Nosses und der Republikanischen Soldatenwehr, verbunden mit der Volksmarineteilung, handelt. Wenn sich auch andre Kreise diesem Kampfe angeschlossen haben, so ist es doch Schwindel, von einem Aufbruch der „Spartakisten“ zu reden.

Was tut Herr Nosse, um dem Gemetzel ein Ende zu machen? Er läßt den bisherigen Gewalttaten immer neue folgen, er ist einem förmlichen Bluttrank verfallen; zu wahren Bergen häufen sich die Leichen der Straßenkämpfer in Berlin und seinen Vororten, aber von Verhandlungen will die bürgerschleimsocialistische Regierung nichts wissen. Der Belagerungszustand ist ihr noch nicht genug, jetzt hat sie noch das Standrecht über Berlin verhängt, die größte Partei der Reichshauptstadt, die Unabhängige Sozialdemokratie, wird mundtot gemacht, indem man das Erscheinen der Freiheit gewaltsam verhindert, und auch die übrige oppositionelle Presse wird geknebelt. Schlimmer als in den ärgsten Zeiten der Reaktion wütet jetzt der weiße Schrecken in Berlin!

Wir geben in folgendem einige offiziöse Berichte wieder. Ob sie mit den Tatsachen übereinstimmen, können wir noch nicht kontrollieren, da eine telephonische oder telegraphische Verständigung mit Berlin zur Zeit nur schwer möglich ist.

### Siegesberichte der Nossegarden.

Berlin, 8. März. (W. Z. V.) Die vergangene Nacht und der heutige Vormittag brachten den Regierungstruppen unter Führung der Garde-Kavallerie-Enddivision weitere bemerkenswerte Erfolge. Nach den schweren Schlägen, die die Spartakisten am 6. und 7. März erlitten hatten, hatten sich die Auführer in der Gegend Hirsch der Jannowibridge stark verhalten. Besonders in der Wallfaben-, Frankfurter- und Lange Straße waren Vorkämpfer erschienen. Die freiwilligen Truppen der Regierung erhielten den Auftrag, bis heute mittag das Gelände bis zum Bahnhof Schönhauser Tor, Schleißer Bahnhof, Moritzplatz von den Banden zu säubern. Nach wenigen Stunden wurden die befohlenen Ziele allmählich erreicht. Um unnötige Verluste zu vermeiden, wurde bei härterem Widerstand mit Artillerie und Minenwerfern vorgegangen. Auf diese Weise gelang es, die sanatisierten Verleibiger ohne erhebliche eigene Verluste überall zu schlagen. Die Verluste des Gegners sind sehr schwer. In lebhaften Kämpfen kam es besonders am Andratsplatz, aber auch hier wurde in energischem Zufließen der Widerstand schnell gebrochen. Anscheinend geben die Spartakistenhänger ihre Sache immer noch nicht verloren. Sie sind entschlossen, ihr Widerstandsbild in die städtischen Vororte Berlins zu verlegen. Die Stimmung in den Stadtteilen, welche einige Tage unter dem Terror von Spartakisten gefandten haben, ist überall zugunsten der Regierung umgeschlagen. Die Regierung und die militärische Leitung, die noch bei der Gardekavallerie-Division liegt, sehen der weiteren Entwicklung mit ruhiger Zuversicht entgegen.

### Ungeblither Nachzug der „Spartakisten“.

Berlin, 9. März. (W. Z. V.) Nach ihrem Mißerfolg in Berlin besetzten die Spartakisten gestern Abend Lichtenberg und unternahmen einen Nachzug gegen die Polizeiwache, des 1. Regiments, die am Dienstag einen Spartakistenangriff unter beiderseitigen Verlusten abgewiesen hatte. Die Spartakisten ermordeten sämtliche Offiziere, Wachmeister und Soldaten, nach der V.S.a.W. angeblich sechzig an Zahl.

### D'ijiv'e Stimmungsmache.

Berlin, 8. März. (W. Z. V.) Von berufener Seite wird mitgeteilt: Nachdem der Zweck der Auftritte in Berlin, durch Verletzung des Polizeipräsidiums, der Polizei und anderer militärisch wichtiger Punkte ein Übergewicht über die Truppen der Regierung zu gewinnen und dann die Akerrepublik in Berlin auszurufen, durch die durchschlagenden Erfolge der Regierungstruppen gegen die Hauptpunkte des Auftrages vereitelt, die Streitkräfte der Auftritte zerprengt und in die Kämpfe im Zitioldien, Osten, Nordosten und Norden Berlins zurückgebrängt sind, ist es heute Aufgabe der Regierungstruppen, die einzelnen Auftritte auszuheben und die Aufständigen völlig zu entwaffnen. Zu diesem Zwecke rücken die Truppen des Korps Lützow, der Kommandantur und der Garde-Kavallerie-Brigade-Division langsam in der Hauptrichtung Friedrichshain vor.

### Schlimmer als in Feindesland!

II. Berlin, 10. März. Reichswehrminister Nosse hat folgenden Befehl erlassen: Jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.

### Die Kämpfe in Lichtenberg.

II. Berlin, 10. März. Den Regierungstruppen ist es gestern Abend im Zuge der Dunkelheit gelungen, das ganze Stadtviertel um das Lichtenberger Polizeipräsidium zu umstellen. Überall sind in Straßen und Häusern größere Wachpatrouillen eingerichtet, die die allerstrengste Abspernung durchführen und in den Wohnungen und Häusern rücksichtslos nach Waffen und Spartakisten suchen. Der Ring um das Polizeipräsidium wird von Stunde zu Stunde enger. Trotzdem wird bestrachtet, daß es den kommunistischen Zivilpersonen möglich sein wird, bei der Erstürmung des Gebäudes spurlos zu verschwinden.

### Schauermeldungen.

III. Berlin, 10. März. In der Branzenstraße oberhalb Hühlerstein ein mit dem roten Kreuz gekennzeichnetes Krankenautomobil, rissen die verwundeten Soldaten vor den Augen des angeregten Publikums heraus und lösten sämtliche Verwandte. Am Sonntag vormittag wurden in der Frankfurter Allee 2 Mann von den Regierungstruppen, die auf Paroulle bis zum Ringbahnhof vorgezogen waren, von 15 bewaffneten Zivilisten festgenommen, und mit den selben solange bearbeitet, bis sie kein Lebenszeichen mehr von sich gaben. Ein im Nachbarhause wohnender Mann versuchte für die Unglücklichen ein qued Wort einzulegen. Er wurde durch einen Revolvererschuss getötet. Nacht für Nacht dringen Spartakisten in Wohnungen und Läden ein und rauben, was ihnen gefällt. Der den geringsten Widerstand leistet, muß für sein Leben besorgen. — Sonntagsrottete sich ein Spartakistenhaufen, der zum größten Teil aus Jugendlichen unter 18 Jahren bestand, zusammen und zog, begleitet von Minenwerfern und Maschinengewehren vor das Lichtenberger Postgebäude, um es zu stürzen. Die Besatzungsmannschaft versuchte sich mit Maschinengewehren zu widersetzen. Aber sich gegen den mehr als tausend Mann starken Haufen zu behaupten, war auf längere Zeit unmöglich. Die Besatzung liette daher die weiße Fahne als Zeichen der Uebergabe. Die Spartakisten drangen darauf in das Postgebäude ein, entwarferten die Besatzung, die aus 1 Offizier und 64 Mann bestand und führten die Gefangenen nach einem in der Nähe gelegenen Schulgebäude. Im Hofe wurden der Offizier und die übrigen Gefangenen von den Spartakisten sämtlich erschossen. Von der Besatzung hatten drei Mann, die bereits an die Wand gestellt worden waren, um erschossen zu werden, im letzten Augenblick sich dadurch gerettet, daß sie erklärten, zu den Spartakisten überzugehen. Sie sind dann später entflohen.

Am Sonntagvormittag wurden in der Großen Frankfurter Straße 8 Pflünderer von Regierungstruppen erfaßt, als die Räuber ein Konfektionsgeschäft ausrauben wollten. Gemäß der erlassenen Verordnung wurden die Pflünderer gefangen und randschützlich erschossen. Mit ihrer Revolvere beschleichen die Spartakisten die nördlichen und südlichen Stadtteile wahl- und planlos. Am Sonntagnachmittag schlugen 10 Granaten in drei Häuser in der Bionstirkerstraße ein. Von den Bewohnern der Häuser sind zahlreiche Frauen und Kinder getötet oder schwer verwundet worden. Die Strahe liegt außerhalb des Kampfgebietes und lag nicht die geringste Veranlassung zur Beschädigung vor. Der Vormarsch der Regierungstruppen gegen Lichtenberg begann gestern nachmittag 4 Uhr mit Artillerievorberetung und dauerte bis gegen 11/7 Uhr. Der Lichtenberger Uferbahnhof, auf dem sich große Vorräte von Lebensmitteln befinden, ist von den Pflünderern im Laufe des Sonntags vollständig ausgeraubt worden.

### Beendigung des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 9. März. Der Direktions-Verbeiterat und die Bezirksleitung des Berliner Eisenbahnerverbandes gaben den örtlichen Streikkommissionen der Eisenbahner bekannt, daß abends 10 Uhr die Arbeit überall wieder aufgenommen wird. Der Streik ist somit beendet.

### Nach kein Straßenbahnverkehr.

Berlin, 9. März. Wie die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn mitteilt, ist an eine Wiederaufnahme des Betriebes vorläufig nicht zu denken, da die Angestellten auf den unerfüllbaren (?) Forderungen, vorherige Entlohnung der freiwilligen Truppen aus Berlin, Bezahlung der Streiktage und Wiedereinstellung gemahnter Angestellter, bestehen.

### Der weiße Schrecken.

II. Berlin, 10. März. Auf Anordnung des Reichswehrministers haben Regierungstruppen die Druckerei der Freiheit und der Republik besetzt, um den Druck dieser beiden Blätter zu verhindern.

Berlin, 9. März. Der Oberkommandierende in den Marken erstet heute das Standrecht über Berlin. Danach ist jede Person, die mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, sofort zu erschießen.

### Die Antwort von Weimar.

Berlin, 9. März. Wolffs Bureau meldet, Wie verlautet, hat die Reichsregierung auf die von den Unabhängigen (soll heißen von der Berliner Streikleitung, Red. v. L. V.) gestellten Bedingungen folgenden geantwortet: 1. Auf die Forderung, keine Maßregelungen anlässlich des Streiks folgen zu lassen. Die Regierung nimmt in ihren Vertrieben Maßregelungen nicht vor und wird sich bei den Unternehmern im gleichen Sinne einsehen.

2. Betreffend die Freilassung der wegen des Streiks Verhafteten. Dies ist Angelegenheit der Gerichte bzw der preussischen Staatsregierung. Die Reichsregierung veranlaßt Verfolgungen dieserhalb nicht. 3. Wegen sofortiger Räumung aller militärisch besetzten Betriebe soll mit Minister Nosse verhandelt werden. 4. Wegen der Entlohnung der Freiwilligen-Verbände aus Berlin. Diese ist unmöglich vor der Wiederehr geordneter Verbände. 5. Die Aufhebung des Belagerungszustandes und der außerordentlichen Kriegsgerichte ist Angelegenheit der preussischen Staatsregierung. Die Antwort ist in wesentlichen Stücken ein Ausweichen. Herr Scheidemann verweist auf Herrn Hirsch. Als ob die preussische Regierung nicht das tun würde, was ihr die Reichsregierung dringlich empfiehlt!

### Das Ende des Streiks in Thüringen.

Roßburg, 8. März. (W. Z. V.) Der Generalstreik in ganz Thüringen ist beendet, so daß der Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr mit Einschränkungen wieder aufgenommen werden konnte. Die Strafen Reubietendorfs-Bielefeld ist seit gestern wiederhergestellt, so daß auch der Ruppertberg aus Süddeutschland über Erfurt keine Einschränkung mehr erleidet.

### Streik in Ober-Sachsen.

Breslau, 9. März. Der Volksrat teilt mit: Im ober-sächsischen Pulitzener Bezirk schlossen sich heute zehn Gruben der Streikbewegung an; insgesamt sind jetzt 17 Gruben am Streik beteiligt. Auf dem Voßig-Werke wurde der Generallistreik verkündet. Die Beamten des Pulitzener Bezirkes sind tätlich angegriffen und mißhandelt worden. Ein Oberingenieur wurde schwer verletzt. Sämtliche Beamten sind gefesselt. In der Laurahütte erzwangen die Spartakisten das Räuten der Glocken und das Blasen der Dampfkesseln. Die Bewegung nimmt einen bedrohlichen Charakter an. Neuhof wurde von den Spartakisten gestürmt und eingebrannt. Die Spartakisten bemächtigten sich sämtlicher Waffen. Eine Gegenbewegung ist eingeleitet.

Weißen, 9. März. Der Zustand hat wieder zugenommen; er umfaßt 15 Gruben. Die Voßiggrube und Graf Franz-Grube, die die Arbeit gestern aufgenommen hatten, sind heute wieder ausständig. Auf der Hohenjoller-Grube ist der Zustand beendet.

In der Radzionka-Gemeinde wurden die Vorräte gestürmt und für etwa 90000 Mark Lebensmitteln, darunter 800 Zentner Roggen, geraubt. In Mikußkueh wurde der Bahnhof gestürmt. Die Beamten wurden schwer mißhandelt und verjagt. Auf dem Bahnhof Forstwerk wurden die Beamten ebenfalls verjagt und die Schienen aufgerissen. Die Führung bei diesen Ausschreitungen hatten auswärtige Elemente. Der vom Volksrat und Zentralrat der Provinz Sachsen über Ober-Sachsen rechts von der Ober verhängte Belagerungszustand ist auf den Kreis Königshütte ausgedehnt worden.

### Belagerungszustand gegen Streik.

Breslau, 8. März. Der Kommandierende General des VI. Armeekorps hat im Einvernehmen mit dem Volksrat Breslau, dem Zentralrat der Provinz Sachsen und dem Zentralrat der Provinz Westfalen über die Kreise Gleiwich, Hindenburg, Weißen, Rattowig, Plesch, Rybnik und Ratibor den Belagerungszustand verhängt.

### Der Streik im Ruhrrevier.

Essen, 9. März. Der Zustand der Schachanlage Gewerkschaft Deutscher Kaiser und Jede Kohlrinnen dauert an. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt etwa 16000 Mann.

### Belagerungszustand in Düsseldorf.

Düsseldorf, 10. März. Der militärische Oberbefehlshaber v. Adber, Generalmajor und Kommandeur des Landesjägerskorps, albi bekannt: Im Namen des 7. A.S. wird vom 8. März abends der Belagerungszustand über die Stadt Düsseldorf östlich des Rheins erklärt. Die Volksgewalt geht auf mich über.

### Generallistreik in Spanien.

Madrid, 8. März. (Gavad). Der Arbeiterverband hat den Streik beschlossen. Es ist zu keinem Zwischenfall gekommen. In Katalonien breitet sich die Streikbewegung aus. In Salamanca soll der Streik am 10. März ausbrechen.

### Der militärische Aufbruch in England.

London, 8. März. Nach einer militärischen Mitteilung ist das Lager von Abell jetzt wieder ruhig. Es besteht keine Gefahr, daß es zu weiteren Aufstürzungen käme. Die kanadischen Behörden stellen die Ordnung ohne Unterstützung britischer Truppen wieder her. Die kanadischen Behörden übernehmen die volle Verantwortung für das bischlinarische Vorgehen und verhalten eine Anzahl von Leuten, die bei den Schleiereten beteiligt waren. Der Aufbruch war ein rein örtlicher und geht nicht auf eine weitverbreitete Unzufriedenheit zurück. 200 Ausgebildete waren mihöversäht darüber, daß längere Kanadeler vorher heimbeibrüet werden sollten und gestellten den Aufbruch an.

London, 8. März. Das kanadische Hauptquartier in London erläßt eine Verlautbarung über den militärischen Aufbruch in Kinnels Park, in der es heißt: Gegen die Auftrüber, von denen ein großer Teil schon verhaftet ist, wird scharf vorgegangen werden. Eine Anzahl von Zivilisten nahen an den Unruhen teil. Wüdi von ihnen sind bereits festgenommen und den Justizbehörden übergeben worden. Im Verlaufe der Unruhen wurden drei Auftrüber und zwei Wachposten getötet. 40 Mann, darunter zwei Offiziere, wurden verwundet. Im Lager von Abell befinden sich 25 000 Kanadeler, die auf ihre Heimbeibrüerung warten.

### Die Wehrpflicht im Anzug.

Im 7. Teil der vom Generalkommando des 1. Armeekorps (Königsberg i. Pr.) unter dem 22. Februar veröffentlichten Ausführungsbestimmungen heißt es über die Bildung eines Freiwilligenkorps:

„Meldungen für den Fall der höchsten Gefahr. Wenn die Gefahr für die Provinz Ostpreußen sich noch ernster gestalten sollte, als sie jetzt schon ist, muß jeder wehrfähige Mann, ab gebürt oder ungebürt, im Alter zwischen 17 und 45 Jahren sich freiwillig sofort zum Dienst mit der Waffe stellen, soweit er zu Hause irgend einbedrücklich ist. Diejenigen, die jetzt aus schwerwiegenden Gründen dem Ostpreußenkorps fernbleiben müssen, aber als Ausnahme für den Fall der höchsten Gefahr sich zu stellen bereit sind, müssen sofort Anträge stellen, damit ihre Zusammenfassung in Truppenenteile im Falle höherer Gefahr vorbereitet werden kann.“

„Nur jeder muß sich freiwillig melden“. Da die beiden Worte aber in diesem Zusammenhang schlecht harmonieren, wird man das Wörtchen freiwillig als widerständig wohl bald fortstreichen.

### Endlich verhaftet?

Die Infolge des Generalstreiks verpätet bei uns eingegangene Frankfurter Zeitung vom 4. März enthält folgende Privatmeldung vom selben Tage aus Berlin:

Auf Veranlassung des Kriegsgerichts der Garde-Kavallerie-Division sind, wie gestern verschiedene Blätter melden, Kapitänleutnant v. Pilugl-Fartung, Hauptmann v. Pilugl-Fartung, Oberleutnant Vogel und Leutnant Lippmann verhaftet worden. Bekanntlich sind dies die vier Offiziere, denen vorgeworfen wurde, an der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beteiligt gewesen zu sein, oder der Duldung dieses Vergehens sich schuldig gemacht zu haben. Ob die Meldung zutrifft, läßt sich jetzt noch nicht feststellen. Den Mörder Junges scheint man noch nicht erreicht zu haben.

### Die Kriegsenfchädigung.

Genf, 10. März. Nach einer Drahtmeldung aus Paris hat sich dem Alliertenrat vorgelegt, Deutschland eine jährliche Kriegsenfchädigung von 8 Milliarden Frank aufzulegen, die 60 Jahre hindurch gezahlt werden sollen.

# Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. März.

## Bekanntmachung.

Arbeiter, Parteigenossen! Der Generalstreik ist beendet, die Gefahr des Einmarsches fremder Truppen ist behoben, der Sicherheitsdienst in der Stadt wird von den Sicherheitskompanien ausgesetzt. Ihr geht morgen wieder an eure Arbeit, deshalb erluchen wir euch, Waffen und Munition sofort wieder der Empfangsstelle zu überweisen. Ebenso schnell wie die Bewaffnung muß auch die Kollektion erfolgen. Der Dank für das schnelle Eingreifen und mannhaftes Verhalten sei allen, die sich zur Verfügung gestellt hatten, hiermit ausgesprochen.

Leipzig, 10. März 1919.

Dieb. Schöning.

Nachdem die Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes erfolgt und die Bemühung des Generalstreiks in den nächsten Tagen zu erwarten ist, wird die Bekanntmachung über die Einschränkung des Personenverkehrs auf den Straßen ab 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens und Befreiung des Lokalverkehrs auf 1/2, 9 Uhr abends hiermit wieder aufgehoben.

Die übrigen verschärften Maßnahmen zur Vermeidung von Plebskiden usw. werden aber auch weiterhin strengstens durchgeführt.

Leipzig, den 10. März 1919.

Schöning. Dr. Meyer.

## Parteiangelegenheiten.

### Achtung, Arbeiterwehr Flagwitz-Vindenu-Au-Zeuschig.

Die Genossen von Vindenu, sowie ein Teil von Flagwitz (1., 2. und 8. Zug) treffen sich morgen, den 11. März, abends 5 Uhr, in der Turnhalle Vindenu, Calovsstraße 20-30.

Die Genossen von Flagwitz und Zeuschig (4. Zug) treffen sich zur selben Zeit in Flagwitz, Restaurant Kamerun (Möhrler), Nonnenstraße.

Waffen, Munition, Binden und Ausweise sind mitzubringen. Der Vorstand.

Westen 1, 12. Kreis. Heute Montag abends 6 Uhr wichtige Zusammenkunft aller Volkswehrgenossen im Restaurant Promenaden (Möhrler). Waffen usw. sind mitzubringen. Der Kompanieführer.

12. Kreis, Osten (Stadt). Heute Montag, abends 7 Uhr, treffen sich sämtliche Vorkämpfer der Volkswehr im Restaurant Gutenberg mit Waffe. Erscheinen absolute Pflicht. Der Delegierte.

## Ende des Eisenbahnerstreiks.

Die am Sonntag, den 9. März, im Hauptbahnhof stattgefundene Streikbesetzung der Eisenbahnen hat mit Zustimmung der Streikleitung, des Arbeiters und Soldatenrats beschlossen, die Arbeit am Montag früh aufzunehmen. Um dem Vorwurf eines Streikbruchs im voraus zu begegnen, sei zur Begründung folgendes gesagt: Der Apparat des Betriebes der Eisenbahnen erfordert sofort vorbereitende Arbeiten, daß ein Tag an sich schon nicht genügt, um den allerersten Betrieb der Eisenbahn zu gewährleisten. Ferner sind viele streikende Betriebe durch Beschaffung der Kohlen von Leitzsch durch den Eisenbahnen-Verkehr zum Stillstand gekommen, weshalb die Wiederkehr der Arbeit am Montag lediglich im Interesse der Arbeiterschaft selbst getan.

### Die Streikleitung Hauptbahnhof.

H. A. Richard Müller.

Vandender. Mitteleber der U. S. P. treffen sich Dienstag, abends 7 Uhr, im Café Flor, Laugauer Straße, zu einer wichtigen Besprechung. — Mitgliedsbuch mitbringen!

## Die Flucht aus Leipzig.

In der Zeit, da der Leipziger Bürgerausschuß darüber beriet, ob das Leipziger Bürgerturngenosse gegen den Generalstreik der Arbeiter aufstehen werden solle, packten die fleißigen Geldsack von Leipzig ihre Reisetaschen zusammen und rüsteten sich, der Viehstadt den Rücken zu kehren. Es wurden Autos und sonstige Fuhrwerke gemietet, sofern man nicht über eigenes Gefährt verfügte, dem Dienstpersonal überließ man die Sorge um das Haus und dann schickte man den Leipziger Staub von den Postöffeln in der Absicht, erst dann zurückzukehren, wenn die Verhältnisse die Wiederaufnahme des Berufslebens wieder gestatten würden. Derweilen konnten ja die anderen Bürger, die mit Geldmitteln nicht so reich gesegnet waren wie die großen Kapitalisten, zusehen, wie sie mit den Arbeitern fertig würden. Nebenbei muß bemerkt werden, daß die Kosten für die Flucht aus Leipzig dadurch wieder zum Teil wettgemacht wurden, daß man die in den Streiktage sprunghaft gestiegenen Preise für Hamsterwaren nicht zu zahlen brauchte. Es wurden nämlich in Leipzig für Butter zwischen 30 und 40 Mark, für Eier zwischen 1.50 und 2 Mark das Stück verlangt und bezahlt, so daß die Kapitalisten, die sich solche Schleichhandelsware auch fern von Klein-Paris leisten konnten, wesentliche Ersparnisse machten.

Es waren aber nicht nur Großkapitalisten, die aus Leipzig geflohen waren. Man bemerkte die Abreise vieler Bürgerknechte, deren Pflicht sie eigentlich an Leipzig hätte festhalten müssen. So hat es der Intendant der städtischen Theater, Herr Meyer-Walbeck, für notwendig gefunden, die Stätte seiner Wirksamkeit per Autodrom zu verlassen und in Dresden das weitere abzumachen. In der Zwischenzeit hatten die Angehörigen der Leipziger Theater, soweit sie auf Monatsgehältern angestellt sind, der Auszahlung ihrer Gehälter. Dem Herrn Intendanten tat das nicht weh, denn er selbst verfügt über genügende Mittel, um auch ohne die städtischen Kassen sein Leben angenehm verbringen zu können. Aber die zuständigen Instanzen werden sich doch noch mit dieser Angelegenheit beschäftigen und Herr Meyer-Walbeck nahelegen müssen, daß er auch während eines Generalstreiks der Arbeiter seinen Posten nicht verlassen darf.

## Über den Streik in Leipzig

hat die bürgerliche Presse allerlei Sensations- und Schauernachrichten gebracht. In der Frankfurter Zeitung ist eine Privatmeldung vom 5. März enthalten, in der es heißt:

Nach ärztlicher Mitteilung sind bereits Fälle von Flecktyphus aufgetreten. Die Kindersterblichkeit in Leipzig nimmt Sorge zu. In einer Klinik ist eine Frau, die durch eine Operation hätte gerettet werden können, unter den Augen der Ärzte gestorben, weil die Ärzte die Operation in dem ungeheilten Raum nicht haben ausführen können. Die Nachricht, daß die Leipziger Gefängnisse gestürzt und deren Insassen gewaltsam befreit worden seien, ist unzutreffend.

Schon die Nachricht über den Sturm auf die Leipziger Gefängnisse läßt erkennen, welche toter Schwund verbreitet worden ist. In Dresden ist auch behauptet worden, in Leipzig seien Schützengraben ausgeworfen. Die zunehmende Kindersterblichkeit auf das Konto des Streiks zu setzen, ist lächerlich. Sie ist eine Folge der überaus mangelhaften Ernährung in Leipzig. Es war vor dem Streik, als der Rat nur zwei Pfund Kartoffeln verteilte und als Ersatz Kohlraben empfahl. Wenn die Krankenhäuser so wenig Kohlen gehabt haben, so ist auch daran nicht der Streik schuld. Schon vor dem Ausbruch haben wir Klagen über die mangelhafte Heizung von Leipziger Krankenhäusern veröffentlicht. Warum wurden sie so schlecht beheizt, während eine Reihe Caféhäuser der saulenzenden Bourgeoisie warme Räume bieten konnten? Die Verteilung der Kohlen lag nicht in den Händen der Arbeiterklasse. Es ist aber jetzt sehr beuam, alle Schuld auf den Streik zu wagen.

## Die Sehnsucht nach der Weißen Garde.

In den Streiktage ist dem Leipziger Bürgerausschuß nachliegendes Schreiben zugegangen:

Leipzig, den 5./8. 19.

Höhl. Bürgerausschuß zu Leipzig.

Sollte es denn gar nicht möglich sein, das weitere Erscheinen der unverschämten verächtlichen Volkzeitung zu verhindern? Solange dieses Schandblatt seine Gemeinheiten aufstecken kann, haben die Spartakisten eine unglücklich starke Waffe. Ich höre schon, am Dienstag hätten Studenten die Volkz. besetzt, aber leider scheint dies nicht zuzutreffen, denn die gezielte Nummer ist freier denn je. Wenn die Wunde bloß kein Fleisch in die Hände bekam, wenn nur dann werden sie geduldet. Die allgemeine Meinung, die die 11-tägige Ausperrung sollte von einem bestimmten Termin unbedingt angebrocht werden. Warum werden den durch die Straßen umherziehenden Verbrechern die Waffen nicht herabgelassen? Je 12 bis 15 Arbeiter sollten doch solche Kerle ohne Gefahr niederschlagen können. Ein Brauo abgeben der Truderei, welche wenigstens das gezielte Blatt des Bürgervereins od. Ausschusses erschlüssliche. Vielleicht geht dies jeden Tag. Es macht jedenfalls tadellos Eindruck!

Schachtmannsvoll E. m. II.

Wo mögen nur die Neotergergruppen bleiben, die endlich den "Arbeiter Rat" fortsetzen?

Dieses Schreiben beweist deutlich, wie sehr man in den Kreisen der Bourgeoisie den Einmarsch der Nosstruppen ersehnt hat, um den Streik der Arbeiter im Auge zu verlieren. Die Herren schreiben, daß die kapitalistische Ausbeutung, das Drohnenleben auf Kosten der Arbeiterklasse aufhöre, und daher ihre Wut auf den Streik der Arbeiterklasse. Nebenbei flüchten sich auch politische Parteien unter die Flügel des Bürgerausschusses, wie aus folgendem Brief hervorgeht:

An den Leipziger Bürgerausschuß

Leipzig, Georgstr. 1.

Der Verein Leipzig der Deutschen Volkspartei beabsichtigt, dem Bürgerausschuß beizutreten und erucht um nähere Mitteilungen, insbesondere darüber, in welcher Weise die Vertretung der Partei im Ausschuß zu erfolgen hat.

Schachtmannsvoll

Herr Dr. jur. Meinhardt, Leipzig, Otto-Schmidt-Str. 18.

Dr. Meinhardt, Amtsgerichtsrat, Vorsitzender.

Der Bürgerausschuß wollte kein politisches Gebilde sein. Die bürgerlich-politischen Parteien haben aber zu ihm das Vertrauen, daß er ihre Geschäfte am besten besorgt und daher ihren Ausschluß an ihn.

## Volksschullehrer und Streik.

Ein Lehrer schreibt uns:

Als fratres ignorantiae bezeichnet man die niederen Schulmeister des Mittelalters. Das stimmt, trotz der rüchlichen Seminarbildung, heute läßt sich nicht mehr; denn in einem erheblichen Teile der deutschen Volksschullehrer lebt ein echt proletarisches Dasein nach außen hin unglücklich und an die Freiheit. Der alte Teufel ist aber noch völlberechtigt in bezug auf ihre politische Bildung, die sich oft darstellt als politisches Unverständnis, das feines Gefühl fehlt. Beweis: Die Leipziger Arbeiterklasse schließt sich dem Generalstreik an, um u. a. als Vorbereitung der Sozialisierung der Wirtschaft die Arbeiterräte zu erkämpfen. Der Leipziger Volksschullehrer erwidert daselbst: Anerkennung der Lehrerräte mit möglichst weitgehenden Befugnissen. Die gewünschte Selbstverwaltung wird natürlich gütig abgelehnt. Die Bourgeoisie, die das tut, verkert aber trotzdem die Sympathie der Lehrer nicht. Ganze Kollegien folgten der Gegenrede des Bürgerausschusses trotz des Beschlusses ihrer Organisation, obwohl da oft genug besetzt wurde: Gegenüber allen Parteien ist es allein die Sozialdemokratie, die auch auf dem Gebiete der Volksschulreform den wahren Fortschritt will, und der es ernst damit ist, die nötigen Mittel dafür zu beschaffen." Müller (Jülich) schlägt eine alte Forderung von 1890 über "Preußische Volksschulzulassung" mit folgenden überzeugenden Sätzen, die wir jenen Leipziger Volksschullehrern von 1919 nicht vorenthalten möchten: "Je mehr das Proletariat erstickt, an Macht und Einfluß gewinnt, desto größer werden die Konzeptionen sein, die es der herrschenden Klasse auch auf dem Gebiete der Volksschule abringen. ... Kein Zweifel, daß die Interessen der Volksschullehrer und die des Proletariats sich decken. Wie es bisher allein das Proletariat gewesen ist, das sich für die Volksschule bemüht hat, durch seinen Einfluß die Schule aus ihrer tiefen sozialen Stellung herauszuheben und ihnen Achtung und Ansehen zu verschaffen, so wird es auch in Zukunft seine Freuden nie im Stich lassen. Der Volksschullehrer hat keinen besseren Freund, keinen treueren Beschützer als die arbeitende Klasse; nur sie kann und wird ihm eine materiell gesicherte wie sozial geachtete Stellung verschaffen. Die Zukunft des Volksschullehrers hängt von der des Proletariats ab. Dessen möge er stets eingedenk sein und danach handeln!"

## Studenten-Streik?

Die Studenten wollen streiken. Mögen sie; da hat niemand Schaden davon. Streiken kann ja nur jemand, der dadurch andere materiell schädigt. Aber ein Teil der Gelehrten, der aus ihrem Wirtschaftskreis herausgenommen ist, der kann gar nicht streiken. Wenn er es dennoch will, ist es eigentlich eine Lächerlichkeit. Durch das Ausstreiken wollen stellt sich der Student in die Reihe der erwerbsfähigen Teile der Gesellschaft. Tatsächlich aber steht er nicht in der Reihe, sondern ist herausgenommen als ein Privilegiertes. Er ist, wie es einmal gesagt wurde, Stipendiat des Volkes. Daraus wäre doch die Konsequenz einiger Verpflichtungen zu ziehen. Aber das ist ja das Wunderliche in der Studentenversammlung vom 2. März gewesen, zu sehen, wie sich diese selbstbewusste Gruppe gar nicht ihrer eigenen wackligen soziologischen Bedingungen und Verbindlichkeiten bewußt ist.

Man sollte meinen, eine der Folgen des Umgangs mit den Wissenschaften müsse bei ihren Jüngern sozusagen eine Aufforderung des Denkens sein, eine Befreiung von den Realitäten mittels bedingter Urteile. Es hat sich aber wieder einmal gezeigt, wie schädigend die heutigen Studenten sind, und welche primitiven Empfindungen sie noch verfallen sind, denn bei dem bewußt lebenden Menschen verständlichen Bedürfnis, sich als kompakte Majorität zu fühlen. Hier täte wirklich eine reichliche Portion Soziologie und Psychoanalyse not, besonders um einen großen Teil der Studentenschaft von einem sehr festgewachsenen veralteten schwarz-weiß-roten Komplex zu heilen.

Vielleicht benutzt einer oder der andere die unerschwäglichen Ferien, um unter anderem auch einmal die paar ersten Seiten von Nietzsche's 1. Unzeitgemäßheit-Betrachtung zu lesen. Sie sind geeignet, zu jener oben erwähnten Aufforderung des Denkens einiges beizubringen.

Was ist nun das Ergebnis? Es hat sich eine überwiegende Mehrheit durch ihre "Stimmung" in die merkwürdige Lage verlegt, etwas tun zu wollen, was sie nicht kann, nämlich streiken. Mit einer eigenartigen Folgerichtigkeit hat man nach Eintritt in den Streik sofort Schritte getan, um im ehemaligen königlichen Palais den streikenden Studenten geeignete Räume — zum Arbeiten zu verschaffen.

Man hat in der Studentenversammlung vom 2. März den Senat getadelt, weil er bei einer Frage, in der rein die Selbstbestimmung auf das Wesen der Wissenschaft entscheidet, nicht die Studentenschaft befragt und sich nach ihrer "Stimmung" gerichtet habe.

Es wäre aber zweifellos besser gewesen, man hätte auch in der Studentenschaft weniger der Stimmung als dem Denken Raum gegeben. Man hätte sich dann nicht in eine lächerliche Lage verlegt, und — die Würde der Wissenschaft, welche jenseits der Zeit und darum gerade in einem letzten Sinne für die Zeit lebt, — die Würde der Wissenschaft wäre gewahrt geblieben.

W. Hech, philos.

Die nächste öffentliche Sitzung des Stadtverordneten findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Neuen Rathaus statt. In ihr wird eine sehr umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen sein. Unter anderem steht das große Wohnungsbauprojekt zur Beratung

weiter über die Maßvorlagen über die Bewilligung von Geldern für den N. und S. Rat und die Gewährung von Zulagen an die Mannschaften des Sicherheitsdienstes beschlossen werden. Außerdem ist, wie wir hören, von den bürgerlichen Fraktionen ein Vorstoß wegen der Vorgänge beim Generalstreik geplant.

Bedeutungslose Schiebererei haben am Sonnabendabend und Sonntagabend an verschiedenen Stellen der Stadt stattgefunden. Am Sonnabend in der 7. Abendstunde wurden aus dem Hause Ecke Grimmaische Straße und Reichstraße, in dem sich das Automatenrestaurant befindet, und dem gegenüberliegenden Eckhause mehrere Schüsse abgegeben. Die Folge davon war, daß unter den Menschenmassen auf den Straßen große Bekürzung und Erregung entstanden. Durch das Eingreifen der Sicherheitskräfte und der Mannschaften der Volkswehr gelang es, die Massen zu zerstreuen. Zu irgendwelchen Ausschreitungen ist es dabei nicht gekommen. Personen sind nach den uns zugegangenen Meldungen weder bei den Schieberereien am Sonnabend, noch gestern verletzt worden. Dagegen wurden mehrere verdächtige Personen in Haft genommen.

Wartet auf die Gaschähne! Nach dem Streik wird auch wieder die Wasserversorgung einbrechen. Mancher wird die Schiene geöffnet und nicht geschlossen haben. Es ist jetzt unbedingt notwendig, die Gaschähne zu schließen, da sonst schwerer Unfall entstehen kann. Sehe daher jeder nach, ob die Gaschähne geschlossen sind.

Heimliche Schiffschiffe. Beim Soldatenrat der 212. J. D. in Chemnitz ist am 8. März folgender Antrag aus Nikolajew eingegangen: Allgemeinbekannt, daß Abtransport erfolgt in den nächsten Tagen. Inf. Regt. 415. Der Abtransport der übrigen schiffschiffe Truppen der Gruppe Nikolajew dürfte gleichzeitig erfolgen. Nach einem Antrag sind am 21. Februar 1919 von schiffschiffen Truppenteilen noch in Nikolajew das Infanterie-Regiment Nr. 415, die 6. Batterie Feldartillerie-Regiment Nr. 270, das Feldlazarett 178 und eine Hälfte der Feldblanchetterei-Abteilung 257. Genehmigung der Entente zum Heimtransport ist gegeben worden. Näheres über den Zeitpunkt usw. wird veröffentlicht werden, sobald Regelung erfolgt ist.

Vom Kerzestreich. Dr. Schlegel, Pannsdorf, Pannsdorfstraße 2, wurde erkrankt, einer Schwangeren bei der Einbindung Hilfe zu leisten. Er verordnete ein Pulver und erklärte, er wolle kommen, falls ein Notfall eintreten sollte. Es war eine sehr schwere Erkrankung, sie dauerte zwei Tage und zwei Nächte, und die Gebärerin empfahl, den Arzt zu holen. Dieser wurde dreimal telefonisch angerufen. Zweimal erklärte die Frau des Arztes, daß der Herr Doktor komme; das dritte Mal sagte sie, es sei keine Aussicht vorhanden, daß er erkrankt, da er zur — Kerzesteuerung in eine andere Stadt sei. Einen anderen Arzt zu gewinnen, war auch nicht möglich, da die Befragung die Kerze in Anspruch nahm. Also nicht einmal in solchen Fällen haben Kerze ihre Pflicht erfüllt.

Schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen für Diensthöfen. Arbeitslosenfabrikarbeiterinnen wird jetzt zugemutet, als Dienstmädchen tätig zu sein. Weigern sie sich, so wird ihnen die Arbeitslosenunterstützung entzogen. Dabei sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Dienstbotenberuf geradezu jämmerlich. Eine Diensthöfenin schreibt uns, die "Herbstblätter" verlangen, daß die Dienstmädchen sich ausständig kleiden; aber den Lohn dementsprechend zu erhöhen, verlangen sie sich. Jetzt kämen die Diensthöfen direkt auf den Hund. Ein Hund koste 20 Mark. Da bleibe vom Monatslohn gerade soviel übrig, daß sich die Dienstmädchen ein Paar Schnürsenkel kaufen könnten. In vier Wochen würden ein Paar Schuhsohlen durchgelaufen. Geld zur Reparatur sei nicht vorhanden. Unterkunft und Heizung stehen auch zu wünschen übrig. Es hilft nichts. Zum Schutze der Diensthöfen sind dringend geeignete Maßnahmen notwendig. Wer Diensthöfen beschäftigt, muß gezwungen werden, ihnen angemessene Löhne und anständige Arbeitsbedingungen zu gewähren. Freilich, auch die Diensthöfen müssen sich regen und sich gewerkschaftlich organisieren.

Ein wahres Mischenbräuel unter den Versorgungsberechtigten bilden, wie man uns schreibt, die Kinder von 2-4 Jahren. Wer selbst eins hat, weiß das voll und ganz zu würdigen. Fortgesetzt kann man im Lebensmittelkalender lesen von der selbstverständlichen Extraverkostung der Säuglinge, natürlich auch der von ein bis zwei Jahren; aber dann ist es Schluss, von da ab heißt es nur immer E und K. Also die Kinder von zwei Jahren an haben nur noch Ansprüche wie Erwachsene, und was diese bekommen, will jeder zur Genüge. Doch das ist es nicht wert: ein Unterchied war noch, sie bekommen täglich 1/4 Liter Magermilch. Jetzt fällt auch das noch weg. Von vier Jahren an werden sie (sichon mehr als Jugendliche (Starkeker) angefahren und bekommen hin und wieder etwas zugeteilt, was man bei obigen für unnützig hält. Auf meine Eingabe wurde mir die Antwort: Darin sei doch gerade das besondere Entgegenkommen für diese Altersklasse zu erblicken, daß sie die Vorteile der Erwachsenen genießen! Also als Vorteil wahrlich einlich auch der Hinweis auf Traut und Milben, die Erwachsenen nicht einmal bekommen! Wer laßt da? Keine Sonderzuweisung von Butter, Mehl, Hülsenfrüchten usw. Die Zustände auf dem Gebiete der Ernährung waren lange nicht so verfahren und so jämmerlich, wenn von vornherein die Produktivität durch die Bedarfswirtschaft ersetzt worden wäre. Aber die Regierung und die maßgebende Ernährungsbehörde, die mit Produzenten und Großhändlern verknüpft ist, taten nichts Ernsthaftes gegen die Affigier dieser Kreise. Ihnen fällt die Schuld zu, wenn die Kinder an Unterernährung frühzeitig zu Grunde gehen.

## Lebensmittelkalender für Montag, den 10. März.

### Für Haushaltungen.

Anmeldung: Aunthonia — abzugeben 10 E und K der Lebensmittelkarte Reihe E (250 Gramm). Grape — abzugeben 5 E und K der Lebensmittelkarte Reihe E (100 Gramm) und Fleischmarktfreien D 1-4 (100 Gramm). Grape (als Kartoffelerfah) — abzugeben Pilsbrot K 45 der Lebensmittelkarte Reihe E (100 Gramm) und Fleischmarktfreien E 1-4 (100 Gramm). Grieß — abzugeben 4 E und K der Lebensmittelkarte Reihe E (100 Gramm) und Fleischmarktfreien E 1-4 (100 Gramm). Grieß (als Kartoffelerfah) — abzugeben Pilsbrot K 45 der Lebensmittelkarte Reihe E (100 Gramm).

Ausgabe: Fische: bis 29. März Nr. 1001—2000 der Haushaltkarte (ohne Anspruch auf Verteilung)

### Für Händler.

Zuder — letzter Tag der Ablieferung der Bezugsarten und Ergänzungsgüterarten Reihe 11 sowie der Bezugsumweise Reihe 12 durch die Großhändler an die Zuderverteilergesellschaft. Butter — Bezugsumweise durch die Kleinhändler und Abgabe beim Großhändler. Nüchermilch — Bezugsumweise durch die Kleinhändler und Erfassung der Anzeigebefehle bei der Lebensmittelversorgungsgesellschaft, Burgstraße 33, 1. Nahmittel, Mehl, Zuder für Kinder bis zu zwei Jahren und Nahmittel für Schwangere — Warenentnahme in den Ausgabestellen. Margarine (Monatsverteilung) — Bezugsumweise durch die Kleinhändler.

## Kleine Chronik.

Sozialistischer Rat geistiger Arbeiter Leipzig. Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 12. März, abends 7 Uhr (falls jedoch keine Verlesung, nachmittags um 2 1/2 Uhr), im Saale des Freizeitsentrums (Erdbeerweg). Tagesordnung: 1. Veranstaltung eines öffentlichen Vortragabend; 2. Verbindung mit dem Arbeiter-Bildungsinstitut; 3. Gründung einer eigenen Zeitung. — Renommierungen und Geschäftsachen werden an die Geschäftsstelle: Dr. Paulmann, Sofliker Straße 21 (Tel. 6182), erbeten.

Schauspielhaus. Voraussichtlicher Spielplan: Dienstag, 6/7 Uhr: Die Ehre. Mittwoch, 8/9 Uhr: Der Schrittmacher. Donnerstag, 8/9 Uhr: Nachbelauchung. Freitag, 6/7 Uhr: Die Widdente (Wassermann). Sonnabend, 8/9 Uhr: Stein unter Steinen (Wassermann). Sonntag, 2/3 Uhr: Die Ehre; 6/7 Uhr: Die Widdente (Wassermann). Montag, 8 Uhr: Hamlet (Wassermann). Dienstag, 8/9 Uhr: Zieln unter Steinen (Wassermann).

### Sächsische Angelegenheiten.

#### In der Klemme.

Der Dresdner Volkszeitung, die beim Austritt der drei unabhängigen Minister aus der sächsischen Regierung erklärte, daß nun nach dem Weg für den „wahren Sozialismus“ frei geworden sei, ist gar nicht wohl zumute angesichts der Situation, in der sich die Mehrheiter jetzt befinden. Besonders starke Kopfschmerzen macht ihr die Bildung der neuen Regierung. Nach den Debatten in der Volkshauskammer in den letzten Tagen scheint es selbst der Dresdner Volkszeitung klar geworden zu sein, daß eine Arbeiterpartei, die die bürgerlichen Demokraten zur Bildung eines Ministeriums auffordern würde, sich heillos kompromittieren. Andererseits hat sie freilich nicht den Mut, sich energisch von ihren alten Sünden freizumachen und durch eine ungeweihte Erklärung auf unsre klaren sozialdemokratischen Bedingungen der Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums die Wege zu ebnen. Um so lauter zeteren sie über die angebliche Obstruktion der bösen Unabhängigen, die für die Räte der Regierungssozialisten kein Verständnis haben und sich noch immer nicht äußern, ob sie gelassen sind, in das Ministerium einzutreten. In ihrer Verlegenheit rüht die Dresdenerin ihren Lesern folgendes Märchen auf:

In der Fraktion der „Unabhängigen“ bestehen offenbar zwei klar getrennte Strömungen. Die einen wollen in die Regierung. Sie sind aber aufstrebend zu wenig „unabhängig“ von der andern Strömung, die das Gegenteil will. Jedenfalls würde die Fraktion der „Unabhängigen“ aber eine schwere Verantwortung auf sich nehmen, wenn sie die Bildung einer sozialdemokratischen Regierung verweigerte. Nach den Parteiverhältnissen, die sich in der Kammer ergeben würden, wenn die „Unabhängigen“ ihre eigenen Wege gingen, bliebe so kaum eine andere Wahl als die, mit den Demokraten zusammen die Regierung zu bilden. Für den Fall, daß später wieder versucht werden sollte, die Verantwortung von den „Unabhängigen“ auf sich zu wälzen, sei heute schon auf diesen Stand der Dinge hingewiesen. An der Sozialdemokratischen Partei wird es nicht liegen, auch jetzt noch eine einseitliche sozialdemokratische Regierung zu schaffen.

Die Dresdner Volkszeitung scheint von den eignen Verhältnissen immer auf andre zu schließen. Wir können ihr versichern, daß in der Fraktion der U. S. P. — wie auch in der ganzen Partei — gerade in der Frage der Bildung des Ministeriums eine völlige Einmütigkeit besteht. Man kennt ja unsere Bedingungen, und davon geht kein Jota ab. Aber man scheint drüben begriffen zu haben, daß die Mehrheiter durch ihre blamable Haltung in den letzten Tagen die Frage eigentlich schon in negativem Sinne entschieden haben. Deshalb sucht man schon langsam nach Entschuldigungsgründen. Das wird aber nicht viel nützen. Die Dinge liegen so klar, daß auch der schwerfälligste Leser ohne Mühe entscheiden kann, wen die Verantwortung für die Verlotterung der politischen Verhältnisse in Sachsen trifft. Das

werden die Mehrheiter auch bei den nächsten Wahlen heftig finden.

### Aus der Umgebung Leipzigs.

Der Bezirksschulbeirat Leipzig-Land.

Der Bezirksschulbeirat Leipzig-Land hat für den Bezirksschulbeirat, den Selbstverwaltungsgesörper des Bezirkes in Schullächen, nachstehende Richtlinien angenommen:

- Der BSB bildet den händlichen Beirat der Schulbehörde des Bezirkes Leipzig-Land. 2. Sein Wirkungsbereich erstreckt sich auf den inneren und äußeren Schulbetrieb, auf die Schulorganisation und auf spezielle Gegenstände des Unterrichts und der Erziehung, sowie auf allgemeine Maßnahmen zur Förderung der Volksbildung. 3. Die Angelegenheiten des inneren und äußeren Schulbetriebes insbesondere die Begutachtung von Lehrplänen, die Einführung von Lehr- und Lernmitteln, Anstellungs- und Gehaltsangelegenheiten unterliegen der Beratung und Beschlußfassung des BSB, unbeschadet der Rechte der einzelnen Gemeinde- und Ortschulvorstände. 4. Der BSB tagt auf Veranlassung der Schulbehörde oder er tritt nach eigenem Ermessen zur Beratung und Beschlußfassung über Vorschläge, Vorlagen, Beschwerden usw. zusammen. 5. Der BSB hat das Recht, bei den Behörden Anträge zu stellen. 6. Die Beschlüsse des BSB haben für sämtliche Schulen des Bezirkes verbindliche Kraft, sobald sie die Genehmigung der Schulbehörde gefunden haben. 7. Berichte über die Führung der Lehrer sind dem BSB vor Einberufung an die Behörden vorzulegen und können berichtigt werden. 8. Können sich Schulbehörde und BSB nicht einigen, so steht dem BSB Berührung an den Landes- und Reichsschulräten und an das Unterrichtsministerium zu. 9. Der BSB wird vom Bezirksschulbehördenrat gewählt. 10. Der BSB besteht aus 12 Mitgliedern, nämlich 7 Lehrern, 2 Schulleitern (Direktoren), 1 Lehrerin und 1 Fachlehrer oder -lehrerin. 11. Der BSB wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und ein Schriftstellertum und je einen Stellvertreter. 12. Der BSB stellt seine Geschäftsordnung selbst auf.

Gewählt wurden als erstmalige Mitglieder der Lehrer Dietrich (Wahren), Kluge (Reuß), Schulze (Paunsdorf), Arzheim (Döhlitz), Scharf (Großhader), Barth (Wachau), Rath (Mölkau), Simon (Wanitzsch), Frei Müller (Niederwolkwitz); die Direktoren Dr. B. Schröter (Paunsdorf) und K. R. Fischer (Marsramm).

**Döhlitz-Markleeberg.** Aus dem Gemeinderat. In den Streitfragen hat der Gemeinderat fast jeden Tag Sitzungen abgehalten. Aus der Sitzung vom 7. März sei ein Punkt herausgehoben. Die bekannt sein dürfte, versteht unter Gemeinderatsmitglied Herr Keller seine Funktionen nur im Nebenamt. Er hat während der Kriegszeit einen anderen Posten angenommen. Dieser Zustand ist für eine Gemeinde wie Döhlitz-Markleeberg unhaltbar. Herrn Keller war daher von den Sozialisten beider Richtungen nahegelegt worden, sich zu erklären, ob er wieder Vorstand im Hauptberuf sein wolle und darum seinen Posten im Strohverband niederlegen würde. Der Beamtenstreik hat bewiesen, daß unsere Gemeinde eine volle Kraft als Vorstand nötig hat. Eine Fraktionsführung, an der auch die Mehrheitssozialisten teilnahmen, beschloß, in der nächsten Sitzung die Frage zu klären. Die Mehrheiter waren damit einverstanden, daß eventuell die Stelle des Gemeinderatsvorsitzenden ausgeschieden sei. In der Sitzung scheidet die Mehrheiter glatt aus. Vor der Abstimmung hatte Herr Keller erklärt, daß er seinen Vizepost und damit sein Amt als Gemeinderatsmitglied sofort niederlegen wolle, wenn die Ausscheidung erfolge. Diese Gefahr ist nun beseitigt. Dank der Mannhaftigkeit der Großmanns-Gruppe regiert Herr Keller seinen Vizepost bis auf weiteres weiter.

**Leutzsch.** Aus dem Gemeinderat. Als Wasserrohrmeister wird Herr Bornstoff verpflichtet. Einige Baugesuche werden nach den

Vorschlägen des Bauamtsbeschlusses erledigt. Der Wasserzins wird im Hausbesitz und Industrie auf 25 Btg. erhöht. Der Forberung der Gemeindefürsorge und Arbeiterinnen um Erhöhung ihres Stundenlohnes auf 1,50 M. für Männer und 85 Btg. für Frauen, sowie Übernahme der Kranken- und Invalidenversicherung auf die Gemeinde, wird zugestimmt. Ferner wird den händlichen Gemeindefürsorgern eine Zulassung von 150 M. für Männer und 75 M. für Frauen vom 1. 1. 19 an gewährt. Die Resolution einer Arbeitslosenverammlung über die Arbeitslosenversicherung nimmt der Gemeinderat zur Kenntnis und erklärt sich mit den Schritten, die bei den maßgebenden Stellen unternommen worden sind, einverstanden. Zur Kuba Wassererforderung der Maschinenanlage des Wasserwerkes wird die Auffstellung von 2 Wasserkränen beschlossen. Als Abgeordneter zur Verbandsvollversammlung des Elektrizitätswerks Leipzig-Land wird Genosse Krog, als Stellvertreter Genosse Friedrich gewählt.

**Leutzsch.** Als Konfirmanden beihilfen wurden aus der König-Albert-Stiftung in 8 Fällen 490 M. bewilligt. Aus der Arveknospende sind in diesem Jahre in 74 Fällen 8900 M. bewilligt worden; 1916 waren es in 145 Fällen 1476 M., 1917 in 68 Fällen 8140 M. und 1918 in 61 Fällen 3920 M.

**Gaulitz.** Gemeinderatsitzung vom 6. März. Der Gemeinderat macht Mitteilung vom freiwilligen Rücktritt der beiden Gemeinderäte. Die Ruhebedingungsfrage hatte die Absicht, den 20. bzw. 30. März unter Verzicht wieder einzuführen, es sei die hierzu bedingten Verhältnisse nicht gegeben. Der Gemeinderat hat sich dem Gemeindevorstand vorbehalten. Einer dickeren Wagenrolle stehen augenblicklich die Schwierigkeiten in der Kostenverrechnung entgegen. — Der Erwerbslosenausgang bedarf der Weiterzahlung der Miete an die Arbeitslosen. Es kamen hierfür 121 Personen in Frage, die entfallenden Kosten im Betrag von wöchentlich 790 M. hätte die Gemeindefürsorge zu tragen. Der Gemeinderat tritt diesem Beschluß einstimmig bei. Arbeitslose sind gegenwärtig 377 vorhanden, es ist ein Abgang von 44 Personen zu verzeichnen. Die Gemeinde hat bis jetzt den Betrag von 15087 M. als Zuschuß zu leisten. Der Gemeinderat hatte bei der Zulassung der Schulvorstände beschlossen, dem Schuldirektor beratende Stimme zuzubilligen. Der Direktor wendet sich beschwerdebildend hiergegen. Die Ortschulordnung soll dementsprechend geändert und an zuständiger Stelle um Drogen nachgefordert werden. Die Befähigung eines Zugführers der freiwilligen Feuerwehr wird bis zur Klärung einer abhängigen Unterstufungsfrage ausgesetzt. Zwei Polizeibeamte sollen mit dem Gemeindevorstand die Geschäfte führen. Unter Genosse Pfleger und Herr Neumann werden einstimmig gewählt. Herr Freisch hatte einen Antrag gestellt, die Sicherheitsmannschaften der Arbeiterschaft durch bürgerliche Personen zu vermehren. Demgegenüber betonen unsere Vertreter, daß durch unsere Maßnahmen Ruhe und Sicherheit der Bewohner garantiert wird, es handelt sich hierbei auch nicht um eine rein öffentliche Angelegenheit, da das Generalkommando in Leipzig die Drankontrolle in Händen habe. — Die Schulmannschaft soll durch Hilfskräfte erweitert werden. Rein Mann aus dem Reich der Arbeitslosen sollen bei täglichen Entlohnung von 10 M. eingestellt werden. — Der von unserer Fraktion gestellte Antrag auf Verschmelzung der Gemeinde Gaulitz mit Döhlitz-Markleeberg wird dem Verfassungsausschuss zur Beratung überwiesen.

**Zwenkau.** Infolge des Belagerungszustandes herrscht in un'rer Stadt nach 9 Uhr die größte Ruhe. Hoffentlich hören nun auch die seit einiger Zeit im Gange befindlichen Spielabende auf. Soll doch in Innigkeit vor einigen Tagen wieder ein bekannter Särmereibesitzer an einem Abend einige „Luziferer“ verloren haben.

**Marxsaubitz.** Die Lage des Streiks ist hier nach wie vor glänzend. Die Arbeiterschaft steht fest und entschlossen im Kampfe und will nur in Gemeinschaft mit der Leipziger Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufnehmen. Ueber den Verbleib der beiden von der Postregate verschleppten Genossen, Bahnhofs-Kommandant B. A. H. und Bahnarbeiter W. E. M. A. N., ist noch nichts bekannt.

### Arbeiter! — werdt neue —

### Bolzzeitungsleiter.

### Amliche Bekanntmachungen.

#### Berteilung von Nährmitteln unter städtischer Aufsicht.

1. a) auf die Marken 3 B und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe B wird je 1/2 Pfund Kunsthonig zugeteilt. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt für 1 Pfund-Packung 80 Pfg. 1/2 " 40 bzw. 89 Pfg. Dem Käufer steht kein Wahlrecht zu.
2. a) auf die Marken 3 B und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe B wird je 100 Gramm Graupen; b) auf die in einem Streifen abzugebenden Fleischmarken D 1-4 (nicht Sondermarken D 1-4) für die Personen, die darauf kein Fleisch anmelden, je 100 Gramm Graupen; c) auf die Fleischmarken K 45 der Kartoffelkarte 30, 2 als Ersatz für die in der Versorgungswoche vom 11. bis 17. März 1919 ausfallenden Kartoffeln 150 Gramm Graupen.
3. a) auf die Marken 4 B und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe B wird je 100 Gramm Griech; b) auf die in einem Streifen abzugebenden Fleischmarken D 1-4 (nicht Sondermarken D 1-4) für die Personen, die darauf kein Fleisch anmelden, je 100 Gramm Griech; c) auf die Fleischmarken K 40 der Kartoffelkarte 30, 2 als Ersatz für die in der Versorgungswoche vom 18. bis 24. März 1919 ausfallenden Kartoffeln 150 Gramm Griech.

Der Kleinverkaufspreis beträgt: für 100 Gramm Graupen 3 Pfg., für 150 Gramm Graupen 14 Pfg., für 300 Gramm Graupen 18 Pfg., für 500 Gramm Graupen 27 Pfg., für 400 Gramm Griech 36 Pfg., für 500 Gramm Griech 44 Pfg., für 100 Gramm Griech 10 Pfg., für 150 Gramm Griech 15 Pfg., für 300 Gramm Griech 20 Pfg., für 400 Gramm Griech 30 Pfg., für 500 Gramm Griech 45 Pfg.

**II.** Bedarfsmeldung und Abgabe der Marken durch die Verbraucher in den Nährmittelhandlungen bis **Dienstag, den 11. März.** Kartoffelhandler, die zum Nährmittelverkauf nicht berechtigt sind, sind verpflichtet, bei ihnen etwa in Verwahrung befindliche Kartoffelmarken den Berechtigten zum Zwecke der Anmeldung herauszugeben.

**III.** Ablieferung der Marken seitens der einer Obmannschaft angehörenden Kleinhandler an den Obmann **Wittwoch, den 12. März.** Entnahme der Bezeugscheinle in der Bezeugscheinle durch die Kleinhandler und Obmänner **Dienstag, den 11. März,** in der bekannten Ordnung. Danach sofort Verlegung der Bezeugscheinle an die Verteilungsstellen für Griech und Graupen am Schalter 20.

Die Marken für Graupen und für Griech sind getrennt zu künden und mit getrennten Unterschriften einzutreiben. Sämtliche Marken können jedoch in einem Briefumschlage verpackt sein.

**IV.** Ausgabe der nach I. 1. a-c angemeldeten Waren durch die Kleinhandler an die Verbraucher vom 15.-18. März; Ausgabe der nach I. 2. a-c angemeldeten Waren vom 21.-25. März.

**V.** Die Verteilungsordnung für die auf die allgemeine Lebensmittelkarte auszugebenden Lebensmittel vom 1. August 1918 findet allenfalls Anwendung. Kr.-E.-A. III. Leipzig, am 7. März 1919. Der Rat der Stadt Leipzig.

### Verkauf von Kunsthonig unter städtischer Aufsicht.

I. Auf die Marken 18 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe B wird je 1/2 Pfund Kunsthonig zugeteilt. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt für 1 Pfund-Packung 80 Pfg. 1/2 " 40 bzw. 89 Pfg. Dem Käufer steht kein Wahlrecht zu.

**II.** Verbraucher: Abgabe der Marken beim Kleinhandler bis **Mittwoch, den 12. März.** Kleinhandler: Entnahme der Bezeugkarten in der Bezeugscheinle **Donnerstag, den 13. März.**

**III.** Der Kunsthonig wird durch die für die Ausgabe von Marmelade bekannt gemachten sechs Lagerstellen der Lebensmittel-Versorgungs-Gesellschaft Leipzig m. B. S., ausgegeben und zwar vom 14. bis 15. März in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags. Die Mitglieder des Vereinskaufovereins Leipziger Kaufleute und des Einkaufsvereins Leipziger Produktionshandler haben den Kunsthonig vom Lager ihres Vereins zu entnehmen.

**IV.** Die Verbraucher haben den Kunsthonig beim Kleinhandler bis spätestens Freitag, den 21. März, abzuholen.

Die Inhaber der Ausgabestellen für Kunsthonig haben die von den Kleinhandlern bei ihnen abgegebenen Kunsthonigbezeugkarten Ka 21 mittels vorgedruckten Unterscheines der Bezeugscheinle **Freitag, den 21. März,** in der Zeit von 8-12 Uhr abzuliefern.

**V.** Die Verteilungsordnung für die auf die allgemeine Lebensmittelkarte auszugebenden Lebensmittel vom 1. August 1918 findet allenfalls Anwendung. Leipzig, am 7. März 1919. Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

**Kommunistische Partei Deutschlands (Partikusbund)**

Bezirk Zentrum: Dienstag, den 11. März, abds. 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Apfelbaum, Burgstraße.

Bezirk Süden: Dienstag, den 11. März, abds. 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Deutscher Hof, Ecke Gille- und Schenkendorfsstraße.

Kollegen der Firma **Förster & Co., Kohl Gartenstr.** Montag, den 10. März 1919, nachm. 6 Uhr **Betriebsversammlung.**

Fernsprechnummern

Leipziger Buchdruckerei H. G. Verlag der Leipziger Volkszeitung.

4596 Geschäftsleitung, Hauptkontor, Kaffe u. Segetri.

2721 Inseratenannahme und Buchhandlung.

13693 Redaktion der Leipz. Volksz. (nur bis 1 Uhr mittl.).

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Bureau im Volkshaus, Leipziger Str. 22, II., 2. u. 3. Stock. Arbeitsnachweise täglich von 10-12 Uhr vorm.

Zahlstelle Leipzig

Dienstag, den 12. März 1919, abends 7/8 Uhr **Mitglieder-Versammlung** im Volkshaus, großer Saal.

Tagungsordnung:

1. Der Verbandstag in Hamburg und Ausstellung der Handbafeten.
2. Bericht von der Gaukonferenz in Zwickau.

Die Verbandsmitglieder werden ersucht, recht zahlreich an der Versammlung zu erscheinen. Sollte die allgemeine Arbeitsaufnahme am Dienstag nicht erfolgen, so findet die Versammlung schon um 8 Uhr nachmittags statt. Mitgliederbuch ist vorzulegen. Starke Besuch erwartet.

Die Lokalverwaltung.

Für die Werkstat- u. Hauskaffierer liegen Verzeichnisse der Wahllokale zum Abholen im Verbandsbureau bereit.

**Buchdrucker. U. S. P.-Mitglieder.**

Dienstag, den 11. März, abends 7 Uhr **Wichtige Besprechung** im Saale des Exzellenor Tauchaer Strasse 25. Mitgliederbuch der U. S. P. ist vorzulegen.

**Verband der Bureau-Angestellten Deutschlands**

Ortsgruppe Leipzig

Mittwoch, den 12. März, abends 7/7 Uhr, im Volkshaus (Gleichschaffensaal)

**Mitgliederversammlung**

Rechtsanwalt Neu spricht über **Revolution und Recht**

**Anwalts-Angestellte**

Freitag, den 14. März, abends 7 Uhr, im Hotel Hochstein, Carollinenstraße 5 (am Vopritschen Bahnhof)

**Branchen-Versammlung**

**Unser Tarif-Vertrag.**

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Die Ortsleitung.